Landesschülervertretung
der Gemeinschaftsschulen
in Schleswig-Holstein

Preußerstraße 1 – 9, 24105 Kiel
Tel.: 0431/578696 | Fax: 0431/578698

Landes-
Schüler
Vertretung

Dienstag, 14. April 2015

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/2532
Demokratie lebt von Beteiligung

Änderungsantrag der Fraktion der Piraten zu Drucksache 18/2532
Drucksache 18/2557
Demokratie lebt von Vertrauen

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4285

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Barbara Ostmeier,

Die sinkende Wahlbeteiligung macht es deutlich - unserer Demokratie muss sich angenommen werden.
Aus diesem Grund möchte ich mich im Namen der Landesschülervertretung der Gemeinschaftsschulen Schleswig-Holstein, unter Beratung des Verbands für Schulen des gemeinsamen Lernen e.V., für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken.

Grundsätzlich halten wir es vor dem Hintergrund der abnehmenden Wahlbeteiligung und zunehmender Politikverdrossenheit in der Bevölkerung für sinnvoll, dass sich der Schleswig-Holsteinischen Landtag dieser Problematik annimmt und Hypothesen aufstellt, wie wieder mehr Menschen zur Wahl mobilisiert und für ein politisches Engagement gewonnen werden können. Diesbezüglich stimmt uns der Versuch des parteiübergreifenden Konsens auch positiv, trotz der verschiedenen Akzentuierungen „Demokratie lebt von Beteiligung“ bzw. „Demokratie lebt von Vertrauen“.

In Anbetracht der Simplizität bezüglich des Verständnisses sowie der Tatsache, dass sich unserer politischen Ordnung gemeinsam angenommen werden muss, da es sich um eine parteiübergreifende Thematik handelt, würden wir vorschlagen, dass in einem gemeinsamen Antrag beide Akzente zusammengeführt werden. Dieser Aspekt wäre in unseren Augen der erste Schritt, welcher getätigt werden muss, um einen erfolgreichen Diskurs zu fahren.
Nur wo Vertrauen besteht, kann auch mit Beteiligung gerechnet werden und umgekehrt kann Beteiligung zu Vertrauen führen.

Entscheidungs- und Einflussmöglichkeiten des Volkes stärken

Die von den PIRATEN vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stärkung der Entscheidungs- und Einflussmöglichkeiten sind bedenkenswert, jedoch sind vor der Umsetzung der einzelnen Vorschläge gründliche Abwägungen bezüglich einer Praktizierbarkeit erforderlich.

Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung

Bezüglich der genannten Maßnahmen, differenziert in Information, Motivation, Hürden absenken und Wahlkampf zulassen, stellt sich uns die Frage, weshalb die genannten Aspekte erst anlässlich einer Debatte geprüft werden und nicht von vorn herein beständig sind - Demokratie ist ein laufender Prozess, welcher zu jeder Möglichkeit optimiert werden muss. Die Maßnahmen entsprechen daher auch unseren Vorstellungen, beispielsweise praktizieren auch wir die „einfache Sprache“ auf Landesschülerparlamenten.

Bedenken bezüglich der Onlinewahlen sowie Vorschläge hinsichtlich der Politikaufklärung an Schulen

Bezüglich der Maßnahme „Möglichkeiten der Online-Wahl werden geprüft“ (Hürden absenken (14)) teilen wir die Bedenken der Piraten. Wir begrüßen den Einbezug der Medien hinsichtlich eines Online-Portals, auf welchem Tagespolitik miteinander diskutieret werden kann, für Online-Wahlen sind diese jedoch ungeeignet, gerade vor dem Hintergrund der aktuell bekannt gewordenen Unterwanderungen des Datenschutzes, auch durch staatliche Stellen. Eine solche Maßnahme würde das Vertrauen der Bevölkerung weiter beeinträchtigen.

„Meine Damen und Herren, Menschen wenden sich nicht nur von der Wahl ab, weil die Wahllokale nicht lange genug geöffnet sind oder weil der Zugang durch die Wahlbenachrichtigungen nicht so gut ist - das ist für manche sicherlich eine Hürde, und es ist gut, dass wir etwas dagegen tun -, sondern es ist immer auch wichtig, dass wir noch mehr Wahlwerbung und Politikaufklärung an Schulen machen.“[1]

In der Landtagsdebatte sowie in den Anträgen wurde immer wieder die Bedeutung der Schule in Bezug auf die Vermittlung demokratischen Verhalten und politischer Informationen betont. Die Forderung, die Politik in die Schule hereinzuholen und sich direkt damit auseinanderzusetzen, stößt auf positive Resonanz unsererseits. Als Landesschülervertretung befinden wir uns auf Augenhöhe mit den Schülerinnen und Schülern, was unserer Meinung nach essentiell für das Lehren von Demokratieverständnis ist. Eine Kooperation zwischen Politikern und Schülervertretern, sprich gemeinsamen Auftritten auf diversen Veranstaltungen und an Schulen, würden zum Einen den

---

[1] (Eka von Kalben in der Plenardebatte: Schleswig-Holsteinischer Landtag (18. WP) - 77. Sitzung - Freitag, 12. Dezember 2014)

gemeinschaftlichen Aspekt repräsentieren, aber auch die Attraktivität von Politik fördern. Durch die Kooperation zwischen Politikern und Schülervertretern wird auch automatisch eine einseitige Beeinflussung verhindert, wodurch sich die Schüler ein breites Meinungsbild erstellen können.

Für eine wirklich demokratiestiftende Schule reicht dies alles jedoch noch nichts aus, denn in einer Schule darf Demokratie nicht nur gelernt, sondern auch gelebt werden. In der Stundentafel aller Schularten sehen wir eine wöchentliche verankerte Klassenratsstunde, die der demokratischen Regelung von Klassenangelegenheiten dient, als sehr sinnvoll an, denn nur wenn von einer solchen Basis ausgehend und erfahrend Demokratie gelebt und verinnerlicht wird, können repräsentative Weiterführungen auf einer nächsten Ebene Verständnis finden.
Die Bedeutung der Schule in der Landtagsdebatte betrifft auch insbesondere die Strukturen der repräsentativen Mitbestimmung der Schülerinnen und Schülern von der Klassensprecherversammlung über Mitwirkungsmöglichkeiten in den Klassen- und Schulkonferenzen. Hinsichtlich dieses Aspekts und unter der Berücksichtigung unseres Demokratischen Grundverständnis ist zu erwähnen, dass Schülerinnen und Schülern lediglich die Funktion als Beratung in den Fachkonferenzen eingeräumt wird.

An dieser Stelle ist es wünschenswert, wenn sich die Klassenkonferenzen, ähnlich der Schulkonferenz, aus einer jeweils gleichen Zahl von Vertreterinnen und Vertretern der Lehrkräfte, der Eltern und der Schülerinnen und Schülern, zusammensetzt[2] und auf die Eltern und Schülern in den Fachkonferenzen mindestens zwei Stimmen bei Gegebenheit entfallen.

Letztlich möchten wir den Aspekt der Fraktion der PIRATEN, Rederecht für VertreterInnen des Alten- und Jugendparlament, aufgreifen und ergänzen. In unserem ideologischen Schulsystem haben die einzelnen Landesschülervertretungen Stimmrecht bei Landtagsdebatten die die Bildungspolitik tangieren. Es ist nicht hinnehmbar, weshalb über die Köpfe der Schüler hinweg entschieden wird, lediglich einzelne Gruppierungen, sprich deren Vertreter, als Beratung hinzugezogen werden und deren Aussagen und Meinungen oftmals auf nur wenig Resonanz stoßen.

Die letzten hier vorgetragenen Vorschläge führen über den Argumentationsrahmen der Landtagsdebatte hinaus. Wenn in diesem Sinne eine Veränderung von Schule mit in den vorgesehenen Maßnahmenkatalog einbezogen würde, bestünde die Chance, dass zumindest mittelfristig Grundlagen geschaffen würden, die eine bessere Identifikation eines jeden Einzelnen in seiner Verantwortung als Mitglied einer demokratischen Gesellschaft versprechen.

Mit freundlichen Grüßen

---

[2] Verweis: SchulG §65 - Klassenkonferenz und §66 - Fachkonferenz

Lennart Falk

(Landesschülersprecher für Gemeinschaftsschulen)